

Weniger Geld für Großbetriebe

Reform der EU-Agrarpolitik gerät ins Stocken

hmk. DÜBLIN, 28. Mai. Die Einigung über die Reform der EU-Agrarpolitik wird durch neuen Streit über die Subventionen für Großbetriebe gefährdet. Das Europäische Parlament und die Kommission drangen am Dienstag bei einem informellen Treffen mit den Agrarministern der EU in Dublin darauf, großen Betrieben weniger Subventionen zu zahlen als kleinen. Der Ministerrat lehnte das strikt ab. Agrarministerin Ilse Aigner (CSU) sagte, es sei sinnvoller, den Bauern für die ersten Hektar Fläche mehr Geld zu geben und so Kleinbauern besserzustellen. Das Parlament und die Kommission wollen Betrieben von einer Gesamtsumme von 150 000 Euro an einen Teil der Hilfen je Hektar streichen.

Der Umgang mit Großbetrieben hat großen symbolischen Charakter, weil diese für – grüne – Kritiker für eine zu sehr auf eine industrielle Produktion ausgerichtete Agrarpolitik stehen. Betroffenen wären von einer Begrenzung der Subventionen vor allem Deutschland, Bulgarien und Großbritannien. Die Kommission hatte ursprünglich vorgeschlagen, die Subventionen je Hektar von 150 000 Euro an zu kürzen und bei einer Summe von 300 000 Euro zu deckeln. Die Staats- und Regierungschefs hatten im Februar aber im Rahmen der Einigung über den Finanzrahmen 2014 bis 2020 beschlossen, die Staaten nicht dazu zu zwingen. Nach Lesart der Kommission bezieht sich das nur auf die Deckelung bei 300 000 Euro. Kürzen könne man die Hilfen dennoch, sagte Agrarkommissar Dacian Ciolos.

Die irische Ratspräsidentschaft will bis Ende Juni eine Einigung über die Agrarreform erzielen. Das dürfte je-

doch nicht nur wegen des Streits über die Großbetriebe schwierig sein. Auch in anderen Fragen gibt es keine Annäherung. Das gilt vor allem für die Verteilung der Agrarhilfen. In den meisten Staaten orientiert sich die Höhe der Hilfen immer noch stark daran, wie viel ein Betrieb vor der großen Agrarreform 2003 produziert hat. Das führt zu großen Ungleichheiten und behindert eine stärker am Wettbewerb ausgerichtete Agrarpolitik in Europa. Ciolos will die Zahlungen stark angleichen, stößt damit aber vor allem im Ministerrat auf Widerstand. „Wir können nicht akzeptieren, dass es am Ende noch eine Region gibt, wo ein Farmer 50 Euro je Hektar bekommt und ein anderer tausend“, sagte Ciolos. Deutschland ist hier Vorreiter. Hier sind die Zahlungen schon angeglichen.

Ein Kompromiss zeichnet sich bei der Ökologisierung der Agrarförderung ab. So müssen die Bauern wohl künftig 5 Prozent ihrer Anbaufläche für ökologisch wertvolle Pflanzen reservieren. Das ist weniger, als Ciolos vorgeschlagen hatte. Zudem sollen die Staaten mehr als 10 Prozent der Hilfen für die Bauern an die Produktion koppeln können. Das ist ein Rückschlag für den Versuch der EU-Kommission, die Förderung weiter zu entkoppeln, um die Anreize für die Produktion am Markt nicht nachgefragter Agrargüter zu senken. Die Zeit drängt, weil der bisherige Rahmen für die Agrarreform Ende 2013 ausläuft. Allerdings hat die Kommission für 2014 schon Übergangsregeln vorgeschlagen. Die Hilfen für die EU-Bauern belaufen sich auf 40 Prozent des EU-Haushalts von derzeit 130 Milliarden Euro.

FAZ 29.05.2013